

Eine nette Überraschung

Zu: „Sehr geehrtes Coronavirus“, FR-Magazin vom 16. März

Tolle Idee und tolle Ausführung: Täglich ist uns das Virus ja so nah wie sonst nur unsere allernächsten Freunde und Familienangehörigen; da kann man es schon mal persönlich anreden.

Und dann erwähnt der Brief alle Einschränkungen, Einstellungen und Veränderungen in unserem Leben, betont die weltweite Verbreitung und verurteilt die hirnrissigen Verleugnungs- und Verschwörungstheorien. Vor allem aber macht er auch Hoffnung, dass – wenn wir unsere Gehirne vernünftig benutzen – wir „uns wieder in die Arme nehmen werden“ können. Eine nette Überraschung zum ersten und hoffentlich letzten Geburtstag des „submikroskopischen Konglomerats aus Biomolekülen“!

Elena Ezeani, Bremen

Unnötige Unsicherheit

Astrazeneca: „Die große Unsicherheit“, FR-Politik vom 17. März

Vorausgesetzt die erste Information, dass sich die sieben Thrombosefälle auf sechs Frauen vor der Menopause und einen Mann bezieht, ist korrekt berichtet worden, bleibt Folgendes für mich unverständlich: Warum setzte man die Impfung der „Teilpopulation Frauen vor der Menopause“ mit dem Astrazeneca Impfstoff nicht erst einmal aus, impfte diese Gruppe mit einem anderen Impfstoff (das sollte sich managen lassen) und verfährt mit allen anderen, die geimpft werden sollten, weiter wie gehabt?

Ich fand den „Totalstopp“ erstens unflexibel, und zweitens sorgt er für unnötig viel Unsicherheit bei den Menschen.

Jochem Spieker, Pinneberg

Unfassbare Fehlentscheidung

Ihre Beurteilung der Fehlleistung unseres Gesundheitsministers Jens Spahn (CDU) ist ja noch recht zurückhaltend. Von einem einigermaßen Gebildeten – wozu ich wohl Spahn rechnen darf – kann man erwarten, dass er das ethische Dilemma der Abwägung zwischen der tödlichen Zahl an Menschenleben durch Nichtimpfung und geringeren Zahl der Thrombose-Fälle kennt und rechnen kann. Dazu gibt es Literatur und populäre Theaterstücke!

Was für ein Versagen in der Entscheidung und Verstecken hinter der „Empfehlung“ des Robert-Koch-Instituts. Vermutlich hat auch das Kanzleramt bei der Abstimmung Feigheit bewiesen. Es ist eine unfassbare Fehlentscheidung der politischen Führung.

Detlef Geisendörfer, Schlangenbad

Diskussion: frblog.de/pandemie



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210322.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: frblog.de/garten-01

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die digitale Diskussion „Kommunalwahl in Hessen. Ergebnisse und Perspektiven“ der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen mit dem Soziologen Philipp Scherer und dem hessischen Grünen-Landesvorsitzenden Philip Krämer. Unter boell-hessen.de/youtube **Mittwoch, 24. März, 19 Uhr**

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheunpflug (Uni Bamberg), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de Der Zugangslink wird dann zugeschickt. **Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr**

Einfach so unter den Augen der Polizei

„Querdenken“-Demo in Kassel: „Eskalation mit Ansage“, „An der Nase herumgeführt“, FR-Tagesthema u. -Meinung v. 22.3.

Vorsätzliche Körperverletzung

Einerseits sind z.B. die Berliner Philharmoniker, die Stadt Tübingen auf ihr wissenschaftlich begleitetes Testprogramm zu Recht stolz, weil sie Kultur und öffentliches Leben zum Teil wieder ermöglicht haben. Andererseits dürfen 20 000 Coronaleugner, Querdenker, Impffegner, Rechtsradikale und auch besorgte Bürger ohne jeglichen Schutz aus ganz Deutschland zusammenkommen und einfach so unter den Augen der Polizei durch Kassel ziehen. Das verstehe ich nicht! Für mich grenzt das an vorsätzlich in Kauf genommene Körperverletzung, weil diese Menschen das Virus ungehindert verbreiten dürfen. Ein Geschmäcke hat, dass die Polizei Gegendemonstranten gewaltsam aus den Weg geräumt hat.

Ute Hänsel, Neu-Isenburg

Verrohte „Querdenker“ missachten Schutzauflagen

Da marschieren wiederholt unter dem Banner „Querdenken“ einige Tausend Menschen, die in großen Teilen der Überzeugung sind, dass Corona eine Erfindung Kinderblut drinkender Eliten ist und ihre Vorfeldorganisationen – die Pharmakonzerne – uns alle via Impfung chippen werden. Und das ist der freundlichere Teil, der Rest sind Rechtsradikale. Wer zwischen den beiden Gruppen mitlief, weil sie oder er, wie nahezu alle, mit den Nerven am Ende ist, machte sich mit den erstgenannten Gruppen gemein.

Die Polizei war nicht darauf vorbereitet, dass, wie zu erwar-

ten, Auflagen und Verbote nicht eingehalten wurden. Also lässt man improvisatorisch den Gesundheitsschutz der Bevölkerung inklusive der eingesetzten Beamten außen vor und lässt laufen: Die Teilnehmer seien augenscheinlich überwiegend aus dem bürgerlichen Lager und hätten insgesamt eher keine erkennbare Tendenz zu gewalttätigen Aktionen gezeigt. Das ist ein gesellschaftliches und letztlich juristisches Fehlurteil. Sieht man davon ab, dass es Ausschreitungen am Rande gab, die das Ende einer Antifa-Demo gebracht hätten, so übte hier das bürgerliche Lager Gewalt durch die Missachtung des Gesundheitsschutzes aus. Eine bei Weitem geringere Anzahl Personen in den nächtlichen Spaßbetrieben in Ischgl hatte in der Vergangenheit genügt, den Virus in Europa zu verbreiten. Betreiber und Publikum dort konnte man guten Gewissens dem bürgerlichen Lager zuordnen. Die von Wilhelm Heitmeyer festgestellte Verrohung des Bürgertums zeigt sich nicht nur in der Wahl rechter Parteien, sondern auch durch „Querdenken“ Demos auf der Straße. Carsten Ernst, Frankfurt

Mein Vertrauen in Politik und Polizei ist im freien Fall

Lieber Herr Innenminister Beuth, es war ja wie immer nicht voraussehbar. Dresden und Leipzig – vergessen. Dass die Polizei den Demonstranten den Weg freiräumt und friedliche Gegendemonstranten brutal von der Straße zerrt, ist unerträglich. Bei den Bildern drängte sich mir der Verdacht auf, dass die Polizisten am liebsten mitdemonstrieren hätten. Meine Hoffnung, dass

das Verhalten dieser Polizisten sanktioniert wird, ist gering.

Übrigens ging die Polizei bei Demonstrationen von linken, alternativen Gruppen ganz anders vor: Knüttel, Wasserwerfer, stundenlanges Einkesseln. Mein Vertrauen in die Politiker und die Polizei befindet sich im freien Fall. Henri Becker, Darmstadt

Die hessische Polizei hat ein tiefgreifendes Problem

Bei der Demo in Kassel wurde massenhaft gegen Corona-Auflagen verstoßen. Beamte wurden mit Flaschen beworfen. Randalisierende sogenannte Querdenker wurden von der Polizei begleitet, aber gegen friedliche Gegendemonstranten gingen die Beamten unverhältnismäßig massiv vor. Inzwischen wirkt es nicht mehr überzeugend, dass die Polizei sich nicht anders zu helfen wusste oder die Lage falsch eingeschätzt habe. Ich habe nicht mehr den Eindruck, die Polizei sei auf dem rechten Auge blind. Im Gegenteil sieht sie sehr gut.

Es ist zu viel passiert, um nicht ein generelles strukturelles Problem anzunehmen. Die Polizei hat, gerade in Hessen, ein tiefgreifendes Problem bezüglich Rechtsextremismus. Solche Fälle geschehen immer wieder. Dazu kommt noch eine mangelnde Aufklärung. (siehe Droh- und Hassmails). Der hessische Innenminister beschäftigt sich offenbar weniger mit der Aufklärung als damit, seine verheerende Politik formalrechtlich abzusichern. Der nächste Skandal wird nicht lange auf sich warten lassen. Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/demo-kassel

Das deutsche Reduktionsziel ist unzureichend

CO₂-Emissionen: „Corona rettet Klimabilanz“, FR-Wirtschaft vom 17. März

Die Regierung ist weit von der Realität entfernt

Das Wichtigste wird leider erst am Ende des Artikels erwähnt: Der Reduktionspfad, den die Bundesregierung eingeschlagen hat, ist unzureichend. Das von ihr angestrebte Reduktionsziel der Treibhausgase um 55 Prozent bis zum Jahr 2030 ist veraltet und steht nicht im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens und der EU. Die bisherigen Klimaziele der Staaten, welche das Parisabkommen unterzeichnet haben, würden die Welt in eine Klimakrise mit bis zu drei Grad Erderhitzung führen.

Der Erklärung von BUND, Greenpeace, Brot für die Welt und vielen weiteren Organisationen, dass ein neues deutsches Ziel von 70 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2030 gegenüber 1990 notwendig ist, haben sich „Fridays for Future“ nicht angeschlossen. Sie orientieren sich an aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und fordern auch aufgrund der besorgniserregenden Entwicklungen im Klimasystem (Kippunkte) die CO₂-Neutralität Deutschlands deutlich

früher, nämlich mindestens bis 2035. Das zeigt, wie weit das aktuelle Reduktionsziel der Regierung von der Realität entfernt ist. Antje Sander, Darmstadt

Sondereffekte in der Stromproduktion

Für die kompetenten Beiträge von Joachim Wille zu Klimawandel und Energiewende möchte ich mich bedanken. Diese ökologische Ausrichtung ist es, die ich an der FR besonders schätze. Zum o.g. Artikel möchte ich einen Aspekt ergänzen: 2020 lieferten Wind und Sonne extrem hohe Stromerträge. Sie lagen aus beiden Quellen jeweils etwa zehn Prozent über den zu erwartenden Werten. Daher kamen über 50 Prozent der öffentlichen Nettostromerzeugung aus regenerativen Quellen. Die Braun- und Steinkohleverstromung, die zu den bedeutendsten CO₂-Emitenten in Deutschland gehört, wurde stark heruntergefahren. Ihre CO₂-Emissionen sanken von 2019 auf 2020 von 163 auf 127 Mio. Tonnen. Dies macht die Hälfte des Rückgangs der Emissionen von 70 Mio. Tonnen aus.

Bei durchschnittlichen Wind- und Solarerträgen werden die Emissionen ab 2021 wieder ansteigen. Denn die Grokoinbesondere das Wirtschaftsministerium – hat den Ausbau vor allem der Windkraft abgewürgt. Daher kann die Produktion der vom Netz gehenden AKW nicht aus regenerativen Quellen ersetzt werden. Für die kommenden Jahre wird daher die CO₂-Bilanz aus der Stromproduktion düster aussehen, denn Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke müssen den Ausgleich schaffen. Herr Altmaier hat offenbar kein Konzept auf den Tisch gelegt, den Atomstrom naturverträglich zu ersetzen. Stattdessen kalkuliert er mit sinkendem Verbrauch, wo doch jeder folgern kann, dass der Stromverbrauch erheblich steigen wird, wenn fossile Energien im Verkehrs- und Wärmesektor durch Strom ersetzt werden.

Im Superwahljahr werden die amtierenden Politiker nicht müde, die Verminderung der CO₂-Freisetzung als großen Erfolg herauszustellen. Die große Pleite kommt nach der Wahl.

Herbert Kluth, Trierweiler